

die Verdienste dieses Mannes nie vergessen. (Sehr gut links.) Er hat den Giroverkehr bei der Reichsbank eingeführt und zur Wille gebracht. Unter den finanziellen Verhältnissen hat er die Goldwahrung hoch gehalten. (Sehr richtig links.) Ich hoffe, daß in diesen wichtigen Punkten die Reichsbank seinem Beispiele folgt. Durch eine ungedeckte Agitation gegen die Reichsbank man verurteilt, an der Kreditfähigkeit des Landes zu rütteln. Aber die Reichsbank hat in den Jahren 1906 und 1907 ihre Generenproben bestanden. Bureauführung war die Reichsbank in Kaufmännische Belonnenheit war bei ihr immer maßgebend. (Sehr gut links.) An dem niedrigen Stande der Staatsanleihe ist nicht unsere Bankpolitik, sondern die verkehrte preussische Steuerpolitik schuld. Mit der englischen Bank kann sich die Reichsbank durchaus messen. Der Redner befragt die Frage der Reichstagsbesetzung. Es ist unrichtig, daß der Goldbestand im Juliaturum zu ihrer Bedeckung dienen solle.

Der Entwurf ist durchaus brauchbar. Von einer Organisationsänderung der Reichsbank, von einer Verstaatlichung kann keine Rede sein. Es wäre ein schlimmer Fehler, wenn man aus der Reichsbank ein finanzielles Institut machen wollte. (Sehr richtig links.) Erreichlich ist, daß der Reichsbank die Vermögensgegenstände ermöglicht ist. Unmöglich kann sich so ein Reichsbankwesen herausbilden. Durch die Vorgabe wird unsere Goldwahrung aufrecht erhalten und befestigt durch die Bestimmung, wonach jede Banknote in Gold eingelöst werden muß. Diese Bestimmung befestigt auch jedes Bedenken gegen die geistliche Zahlkraft für die Banknoten.

Gewisse Erleichterungen müssen auch den Privatbanknoten gewährt werden. Die Privatbanknoten leisten gute Dienste. Die Frage der Kapitalerhöhung der Reichsbank ist nicht von prinzipieller Bedeutung. Dringend notwendig ist sie nicht. Die Frage kann diesmal noch ganz ausbleiben. Der Erhöhung des steuerfreien Notenkontingents können wir zustimmen. Auch eine weitere Erhöhung für die Quartalsausweise ist berechtigt. Die Reichsbank wird durch diese Verbesserungen in der Lage sein, auch weiterhin für Handel und Industrie segensreich zu wirken, und die hohen Pflichten zu erfüllen, die ihr zugewiesen sind. (Beifall links.)

Reichsbankpräsident Havenstein

danke für die freundliche Beurteilung, die die Tätigkeit der Reichsbank auf allen Seiten des Hauses gefunden hat und spricht die Hoffnung aus, daß alle unfruchtbareren theoretischen Erörterungen auf diesem so heiß umstrittenen Gebiet nun endlich bei Seite gelassen werden und gemeinsamer Arbeit Platz machen. (Beifall.) Die freundliche Beurteilung des Gesetzentwurfs übersteht mich der Notwendigkeit, auf die einzelnen Bestimmungen einzugehen. Ueber die Diskontopolitik haben wir ja vor einem Jahre eingehend verhandelt. Herr Reich hat das ganze Schwanken und die zeitweilige Höhe des Diskonts in Deutschland befragt und neben dem von ihm selbst angeführten volkswirtschaftlichen Gründen noch nach anderen unbekannteren Gründen gesucht und nach Wegen, eine ähnliche Stabilität zu schaffen wie in Frankreich. Ich fürchte, das Suchen wird ergebnislos sein, so lange wir ein wirtschaftlich junges und stark aufstrebendes Volk sind, ein starkes Auf und Ab der wirtschaftlichen Bewegung haben, so lange wir eine starke Bevölkerungszunahme haben, die uns fortgesetzt nötig, Kapital in die wirtschaftliche Arbeit hineinzuführen. Solange der deutsche Kaufmann in allen Teilen der Welt arbeitet. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir wirtschaftlich noch jung sind und manches anderen Kulturvölkern gegenüber noch nachholen müssen. Deshalb ist es auch nicht richtig, wegen einer zeitweiligen Höhe des Diskontsatzes unsere Kreditfähigkeit niedriger einzuschätzen. (Zustimmung.) Könnte Frankreich die fortgesetzte Stagnation seiner Bevölkerung erlegen durch einen Bevölkerungszunahme wie bei uns, es würde wohl mit großer Freude auch unsere Diskontverhältnisse in Kauf nehmen. Auch die Bank von Frankreich hat anerkannt, daß die Diskontopolitik das einzige wirksame Mittel ist, um die Zahlungsbilanz zu halten und die Golddeckung zu sichern. Der Redner wendet sich auch im Verlaufe seiner weiteren Ausführungen gegen die Abg. Arendt und Dr. Arendt, spricht aber so leise, daß keine Worte über ihn sind umdringenden Arendt von Abgeordneten nicht hinausdringen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Privatbanknoten, die eine vielleicht wichtigste Ergänzung der Reichsbank gewesen sind, erkennen wir an, bitten aber, den Bestrebungen die Unterstützung zu verweigern, die ihren Noten Zahlkraft bei allen Kassen verschaffen wollen. Er begründet dies damit, daß die Privatbanknoten die wesentlichste Aufgabe der Reichsbank als Noteninstitut nicht erfüllen.

Abg. Dr. Franz (Mannheim, Sos.)

Ich behaupte, daß die Sachverständigen-Gutachten aus der Bankenkette nicht allen Abgeordneten zugänglich gemacht worden sind. Diese Geheimnistuerei ist schon ein Gift. Es sollte ein Ausschussrat für das Bankwesen geschaffen werden, auch Bankinspektionen wären empfehlenswert. Es laghet auch gar nichts, wenn die Sonne des Journalismus in die Banken hineinleuchtet, denn große Vorkämpfer stehen auf dem Spiele. Eine andere Diskontopolitik kann nur Erfolg haben, wenn unsere ganze Wirtschaftspolitik geändert wird. Der Vorschlag, in Berlin einen Geldmarkt zu schaffen, kostet kein Geld zu sein. Ueber eine Erhöhung des Grundkapitals der Reichsbank läßt sich reden. Die Anteilseigner der Reichsbank kommen aber viel zu gut weg. Meist sind es vornehm und erlauchte Herren, die gewiß gern einen Teil des Geldes auf dem Aftare des Vaterlandes opfern würden. Einer der Herren, Kommerzienrat Hüffer aus Neulingen, hat geradezu erklärt, daß er Gemwinnsscheine habe, für 10 sichere Papiere 9 und 10 Prozent Zinsen zu nehmen. (Hört! Hört! links.) Wir wollen dem Herrn entgegenkommen und werden entsprechende Anträge stellen. (Heiterkeit links.) Sie brauchen nicht mehr als die gesetzlichen Zinsen zu erhalten. Eine Verstaatlichung wollen wir nicht. Die Reichsbank ist ein Regulator des Geldwesens. Sie darf nicht, wie die Rechte es will, zu einer Kreditanstalt für Junker werden, die Geld brauchen. Mit den Grundlagen der Vorgabe sind wir einverstanden. (Beifall links.)

Abg. Raab (wirtsch. Bsg.)

Die Reichsbank dient heute nur den Junkern allerneuesten Gesellschaftes, die ja vielleicht Herrn Franz besonders sympathisch sind. (Heiterkeit rechts.) Die Gegner der Goldwahrung sind auch durch die Bankenkette nicht befreit. Eine Erhöhung des Grundkapitals der Reichsbank würde vorteilhaft sein. Zu erwähnen ist, daß nicht die Einführung der Reichsbank auf die Nebenbankstellen ausgebeugt werden soll. Hoffentlich nimmt der Scheid- und Ueberweisungsverkehr einen großen Umfang an.

Abg. Wommjen (str. Bsg.)

Die Regierung kann niemals auf die bedenklichen Experimente eingehen, die die Rechte im Auge hat. Herr Arendt verfolgt den früheren Präsidenten Raab mit seinem Haß. Er ist ein Freund des freien Geldes, auch also sind wir einig. (Heiterkeit.) Wir wollen nicht, daß die Reichsbank zu einem Kreditinstitut wird. Herr Arendt wird wohl eher den Stein der Weisen finden als das Mittel, den Diskont niedrig zu halten, wenn der Markt es nicht erlaubt. Ueber die Bestimmungen der Vorgabe hinaus befragt

der Privatbanknoten seinen Schritt! Mit der Befristung der Verlängerung des Reichsbankzinsfußes auf 10 Jahre sind wir einverstanden. Die unrichtigen Erörterungen über Bankgesetz und Prinzipal der Reichsbank könnten wir endlich einmal loslegen. (Widerpruch des Abg. Arendt.) Im Interesse aller Berufszweige wollen wir, daß an den alten bewährten Grundgedanken festgehalten wird. (Beifall links.)

Abg. Dr. v. Dziewonski (Vols)

erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorgabe.

Abg. Freiherr v. Camp (Rp.)

Die Reichsbank hat auch die Aufgabe, Kreditbeschränkung zu befrichtigen. Ich danke dem Präsidenten, daß er den landwirtschaftlichen Genossenschaften Recht befragt hat. Die Reichsbank beschäftigt sich mit einer Enquete, wieviel Goldwährungen jährlich ihrem natürlichen Verfall als Zahlungsmittel entgegen werden. Man sollte auch feststellen, wieviel Gold von ausländischen Arbeitern aus dem Lande gezogen wird.

Abg. Werner (Rp. B.):

Wir vertreten die Interessen der Vorgesetzten. (Heiterkeit links.) Sie halten es freilich mit dem Großkapital. Wir wollen die Reichsbank auch den kleinen Leuten zugänglich machen. Die Vorgabe geht an eine besondere Kommission. Nach einer Reihe von notwendigen Bemerkungen verlegt sich das Haus, Freitag 2 Uhr: Anträge über den Koalitionsrecht der Arbeiter und die Freiheit des Grundbesitzererwerbs. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom Donnerstag, 18. Februar, 12 Uhr. Am Ministertische: Delbrück, v. Belsen. Präsident v. Röder eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten.

Zweite Beratung des Bergetrats.

Die allgemeine Befragung des Bergetrats wird bei den Einnahmen fortgesetzt.

Abg. Mecco (ntl.):

Ich begrüße es mit Freuden, daß der Minister den gern auf die Ausstellung des Etats geäußerten Wünschen im nächsten Jahre Rechnung tragen will. Den gern von Minister geäußerten Gedanken, daß bei der Hofjunkitur die Arbeiter über einen gewissen Arbeitsverdienst nicht hinausgehen, habe ich befragt. Ich habe aber auch ihre Nachteile gesehen. Es muß darum dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter für die Arbeiter nicht zu einem sozialen Schaden für die Arbeiter ausgeschlachtet. Deutschland ist nicht so reich, daß man der Industrie unabhägige Summen für soziale Zwecke ohne weiteres entgegen kann. Den Preisverhandlungen im Bergbau müßte man durch eine Regulierung der Förderung an Rohle vorbeugen. Die Ansicht, daß das Kohlenprodukt mäßig genug sei, preisregulierend zu wirken, ist irrig.

Abg. Dr. Schupp (str. Bp.):

Meine politischen Freunde beurteilen die gern zur Sprache gebrachten Maßnahmen von Arbeitern aus politischen oder religiösen Gründen auf erhebliche, ebenso die Maßnahmen technisch-industrieller Beamten in Oberfeldern. Früher war der Techniker sojugalen der Grund des Chefs. Seitdem die Anforderungen an Techniker und deren Zahl erheblich geliegen ist, hat das Verhältnis aufgehört. Techniker und Unternehmer stehen sich als Vertreter entgegengesetzter Interessen gegenüber. Die Behandlung der Techniker auch durch das Gesetz ist ungerecht; daß das Recht an ihren eigenen Erfindungen nicht ihnen, sondern ihren Protogebnern zuteilt, ist eine überlebte Bestimmung. Auch die Konturenklause wird in einer Weile gehandhabt, die sich nicht recht fertigen läßt. Der Redner befragt dann die bekannte Maßregelung des Vertrauensmannes des Bundes der technisch-industriellen Beamten in Schoppling wegen seiner Zugehörigkeit zu dieser Organisation. Dem Bund, der sich sehr maßvoll betätigt und zunächst nicht einmal viele Mitglieder an die große Höhe gehängt habe, wird gemüßelt das rote Wäntelchen umgeschliffen. Ganz zu Unrecht. Der Geheimrat Güntemann von der Eisenindustrie hat sich in dem Handel ungläubige Ansprüche gestellt, er hat u. a. das Koalitionsrecht und die persönliche Freiheit als Präzedenz bezeichnet und es so hingestellt, als befämpfe der Bund die Gewerke, während er doch nur die berechtigten Interessen der technischen Beamten vertritt. Die Maßnahmen gegen der Eisenindustrie haben bei den Technikern mit Recht große Erbitterung erregt. Die Regierung hat die Pflicht, gegenüber dieser Wadtpolitik der Bergbesitzer das Koalitionsrecht der Angestellten zu sichern. Wir leben in diesem Recht und in einer starken Organisation der Grubenbeamten eine Bürgschaft für die Erhaltung des sozialen Friedens im Bergwerksbetriebe, nicht, wie die Grubenbesitzer, eine Gefährdung. (Beifall links.)

Abg. Weimer (Sos.):

Die Regierung sollte einmal eine Unterfrühung darüber anstellen, inwieweit die Vergelte in den kantischen Gruben an dem allgemeinen Rückgang der Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter beteiligt sind. Der Redner erörtert die Arbeitsverhältnisse im Knappschafsbereine Clauschal im Harz, bespricht sich über so lange Arbeitszeiten, zu mangelhafte Vetterführung und ungenügende Löhne, die die Clauschal Bergleute trotz ihrer schweren Arbeit unter Tage noch zu Nebenarbeiten, wie Holzschlägen usw. zwingen. Der Etat bringt keine Mittelung über die Höhe der Löhne der Erpbergleute im Oberharz. Diese Löhne sind ungläubig gering. Die Forderung der Oberharz Bergleute, die Schicht solle mit 4,50 Mark bezahlt werden, ist sehr bescheiden. Der Minister ist ja dort gewesen und kennt die Stimmung der Arbeiter und ihre Wünsche aus ihrem eigenen Munde. Er hat ihnen zwar nichts versprochen — Arbeiter wird ja in der Regel nichts versprochen — aber hoffen doch auf Berücksichtigung. Wie sieht es damit? Die Verbesserung des Miniers, den kantischen Grubenarbeitern mit mehr als höherer Tätigkeit. Auf Staatsgruben sollte jeder ein einmündiger Urlaub gewährt werden, wird in der Praxis einfach ignoriert, oder höchstens nach Ansehen der Person ausgeführt: Der ein Arbeiter erhält Urlaub, der andere, der politisch unbehaglich ist, nicht, und wenn er mehr als 25 Jahre im Staatsgrubenbetriebe steht. Sie reden immer von Schmeingelnd der Sozialdemokratie. Dabei haben Sie es doch in der Hand, uns dieses Glück zu nehmen: Erfüllen Sie einfach die berechtigten Wünsche der Vergelte, geben Sie ihnen das Koalitionsrecht — dann werden die Leute uns nicht mehr brauchen. Bei den politischen Bahnen wird gegenüber den Bergarbeitern der unerhörte und unverschämte Terrorismus geübt. Auf den Ralibergwerten ignoriert man die Bestimmungen über die Schupfregeln, die man nur als Dekoration betrachtet. Die Entrüstung der Vergelte wird sich einmal selbstern bis zur Empörung. Dem sollte vor

allen Dingen auf den feststalligen Gruben vorgebeugt werden. (Beifall der Sos.)

Abg. Wbers (str.):

Der Terrorismus ist nirgends so hervorgetreten als bei den Sozialdemokraten in Hannover-Verden, dem Raliberg bei der Leinert. Die Sozialdemokraten beuten raldistisches des Herrn aus. (Sehr richtig rechts.) Das Raliberg verheerend nicht den Bergwerten müssen bei schlechter Konjunktur in erster Linie deutsche Arbeiter beschäftigt werden. (Zustimmung.)

Handelsminister Delbrück:

Der Abg. Sauermann sprach gestern von den großen Preisverfall die englische Rohle in die Konkurrenz einbringen ist, wir mit den geistlichen Anforderungen dort nicht genügen konnten. Wir mußten eine Weile deshalb mit unseren Offerten zurückbleiben, um die Marktlage zu übersehen und die Preise zu bekommen, die wir mit Rücksicht auf die Rentabilität unserer Werke zu bekommen, die in England haben sich aber dort die Verhältnisse geändert. Dem Abg. Sauermann gegenüber muß ich daran festhalten, daß die Höhe des Arbeitsverdienstes nicht ohne Einfluß auf eine gewisse Verringerung der Leistung ist. Die Höhe werden im Sozialrecht aber kaum auf der Höhe zu halten sein wegen der schlechten Konjunktur, auf der ich je gern haben möchte. Das Oberbergtamt Dortmund hat durchaus korrekt verfahren, wenn es Aktien nicht an Private herausgegeben hat. Auch dem Bergbauindustriellen Verein gegenüber ist es nicht gelungen, sondern es haben für diesen Bergbauindustriellen Verein eingesehen wegen rein technischer-mittelständlicher Fragen. Die Verbesserungen werden nur Antworten erteilt, wenn sie von der betreffenden Partei ausgehen, nicht aber von dem Abg. Waco muß ich erwidern, daß ich nicht versprochen habe, den Wünschen auf eine andere Ertatsaufstellung Rechnung zu tragen, sondern nur eine Denkschrift über die Entwicklung eines Bergwerkes versprochen habe. Darin hat der Abg. Waco zweifelslos Recht, daß wir mit einer gewissen Ungeuertheit und ohne Rücksicht auf die Kosten, unsere Sozialpolitik in Angriff genommen und durchgeführt haben, und es ist vielleicht nicht unrichtig, wenn vielleicht gelegentlich daran erinnert wird, daß Fürst Bismarck einmal sagte, man möge sich hüten, im Interesse des Arbeiters die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Aber bei dem schärfen Gegenstand zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind wir gezwungen, gesetzliche Bestimmungen zu treffen, die zweckmäßigerweise vielleicht ganz unterschieden wären. Die Wünsche der Arbeiter sind geistlich an der Darstellung an den Gesetzgeber und an die öffentliche Meinung und werden dann gesetzlich geregelt. Ich halte es unpassend für eine Gefahr für unsere Zukunft, nicht bloß für die Unternehmer, sondern auch für die Arbeiter, daß wir genügend billige Bestimmungen über den Dienst in der Privatindustrie gesetzlich festlegen. Dies wird bei unglücklicher Konjunktur eine Beschäftigung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Unsere Sozialpolitische Gesetzgebung würde in dem Maße zurückgehen, in dem wir die Möglichkeit schaffen, die fortwährenden Streitfragen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Frieden zum Austrag zu bringen. Die Regierung erläßt die geselligen Bestimmungen selbste-moget freiwillig. Genau so steht es mit den Vorkriegsbestimmungen. Die Ertatsaufstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter drängt fortwährend zum Erlaß neuer politischer Vorschriften. Auf der einen Seite rufen die Arbeiter nach Schulbestimmungen, auf der anderen Seite rufen die Arbeitgeber auf die Disziplin. Die Folge ist immer ein halbes Dutzend Paragrafen mehr. (Sehr richtig rechts.) Von einem Redner aus dem Hause sind Fragen des Ralibergwerkes besprochen. Ich habe mich mit ihmern Herzen entschlossen, den Zweifelschritt zu verlangen, weil durch die Wasseransprüche, welche in verschiedenen Ralibergwerken vorgekommen sind, eine große Gefahr erwachsen ist. Der Einfluß des Zistus auf das Zustandekommen eines neuen Spidats ist jetzt geringer als früher. Auch das Interesse des Zistus an dem Zustandekommen dieses Spidats ist nicht mehr so groß wie früher. Ich bin aber noch immer durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Ralibergwerk zustande kommen muß. Ich muß aber dem feststalligen Standpunkte aus vorsehen, daß vom Zistus keine bisherigen Vorteile, namentlich das Weto, das ihm mit Rücksicht auf die Landwirte zusteht, bleiben. Dem Abg. Dr. Schupp gegenüber muß ich feststellen, daß ich mit der Entlassung von technischen Beamten auf Gruben mich nur soweit beschäftigen kann, als es sich darum handelt, ob geeigneter Erfolg beschaffen ist oder nicht. Das letztere ist in dem vom Abg. Schupp besprochenen Falle nach dem Bericht des Oberbergamts der Fall. Ich könnte es daher ablehnen, mich in die Angelegenheit zu mischen. Feststellen möchte ich aber, daß nach meinen Informationen der Ausgangspunkt des Streites ein anderer war. Es handelte sich um einen Zeitge, der nicht fest angelehrt war, und dieser hatte in einer Verarmung gegen einen Beschluß auf Erweiterung der Zornowitzer Bergschule Protest erhoben. Die Zornowitzer Bergleute haben den Zweck, das Material an technischen Beamten zu vermehren. Wenn gegen einen dertartigen Beschluß von leiten technischer Beamten Einspruch erhoben wird, so kann ich mir dafür nur ein Motiv denken, nämlich, daß man nicht wünscht, daß die Konkurrenz qualifizierter Beamter sich freizet. Gegen eine rein sachliche Maßnahme der Werkverarmung, die auf Vermehrung und Verbesserung des technischen Personalis gerichtet ist, war also Widerspruch erhoben. Wie ich die Dinge in einzelnen weiter entwickelt haben, ist mir nicht bekannt. Der Abg. Schupp hat das Vorgehen der Grubenverwaltung als eine Maßnahme gegen die Koalitionsfreiheit angesehen. In der Frage des Koalitionsrechts habe ich ganz auf dem Standpunkte, den der Staatsrechtler des Innern im Reichstags tagen dargelegt hat. Die Koalitionsfreiheit ist nicht einseitig den Arbeitnehmern gegeben, sondern natürlich auch den Arbeitgebern. (Sehr richtig rechts.) Die Ausübung von Arbeitern steht auf demselben Brett wie der Boykott von Gastwirten und die Sperrung von Betrieben durch die Sozialdemokratie. (Sehr richtig rechts.) Wenn einmal eine Einschränkung des Koalitionsrechts erfolgen soll, so muß dies bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleichem Maße geschehen. (Sehr richtig rechts.) Durch die Praxis des Reichsgerichts haben sich schon jetzt gewisse Grundrechte herausgebildet. Ich halte es für die glänzendste und beste Lösung, wenn man dadurch zu festen Grundlinien kommt. Ich warne aber vor einem Gesetz mit unzulässigen Bestimmungen. (Wano rechts.) Einen Beschluß der Ärzte, Knappschafsoorstände usw. über die gesundheitlichen Verhältnisse im Bergbau gebe ich in den nächsten Tagen bekannt zu geben. Die Urabstimmung ist demnächst möglich. Es ist in der Tat gegenwärtig nicht möglich, einen Bergmann Urlaub zu geben. Die Vergelte feiern auch oft ohne zwingenden Grund. Wir müssen deshalb daran denken, daß diejenigen Vergelte, die einen besonders schweren Dienst haben, zunächst den Urlaub erhalten. Herr Weimer flag über Terrorismus auf den feststalligen Bergwerten. In den Industriegebieten wird uns umgekehrt der Vorwurf gemacht, wir verdrängen die Arbeiter, indem wir die Ägel schießen lassen. Wir scheinen also doch das Nidrige getroffen zu haben. Eine Agitation, die in den Frieren hört, werden wir allerdings nicht dulden. (Lebhaftes Bravo rechts.) Wenn Herr Weimer noch immer mit dem Prozeß Silber

kreiß, lo bewest das doch, doch er überhaupt kein drausbares Material anzuwenden konnte. Der § 93 d. der Berggesetz-Novelle gilt seines Erachtens nur für Steintohlenbergwerke. Ein angegebener Heiliger Hogenitzer hat auch festgestellt, daß die Höhe der Temperatur in den Ralkflößen nicht die gleiche Wirkung habe wie in den Kohlenbergwerken. (Weisfall.)

Hg. Meiß (fr. B.):

Wünschlich wie die Sicherheitsregeln müssen auch diejenigen Arbeiter, die gegenwärtig Funktionen ausüben, gegen wirkliche Entlassung und Abfertigung geschützt werden. Das gilt in erster Linie von den Mitgliedern der Arbeitervereinsvereine. Ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung wird angenommen.

Hg. Goebel (Str.):

Schweuert in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung, daß ihm die Möglichkeit genommen sei, Mitteilungen von Bergarbeitern in Oberhessen anlässlich der letzten Landtagswahl zur Sprache zu bringen.

Es beginnt die Spezialdebatte. Beim Titel „Preussische und schlesische Kohlenbergwerke in Oberhessen“ liegt eine Petition der Bergarbeiter dieser Werke wegen Lohnherabsetzung vor. Die Kommission beauftragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Ein Antrag Borgmann (Soz.) und Genossen fordert, daß diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung übermittle werden.

Hg. Reinert (Soz.):

begünstigt den sozialdemokratischen Antrag mit der Behauptung, daß die Lohnherabsetzung dieser Arbeiter die allerungünstigsten in ganz Deutschland seien.

Hg. Brühl (Str.):

Wegen der ungünstigen Konjunktur können wir dem Antrage nicht zustimmen. Fordert man vom Staat bei rückläufiger Konjunktur die Aufrechterhaltung der Löhne, so darf man doch bei rückläufiger Konjunktur nicht eine Lohnherabsetzung fordern. Wir haben auch die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Ein Schlußantrag wird angenommen, der sozialdemokratische Antrag gegen die Entzifferung der Sozialdemokratie und einiger freigeistlicher Abgelehnt, der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung genehmigt.

Beim Kapitel „Einmalige und außerordentliche Ausgaben“ werden für ein neues Obergericht in Breslau 640 000 Mark genehmigt. Die Kommission beantragt, hiervon 20 000 Mark zu streichen, ein konfessioneller Antrag will 100 000 Mark abstreifen.

Die Hg. Wagner (fr.) und Brühl (Str.) und Oberbergschulmann v. Kellern bitten, den konfessionellen Antrag abzulehnen, die Hg. v. Seffel (kon.) und Gehring (fr. Bp.) treten aus Sparmaßregeln für ihn ein. Bei der Abstimmung wird der konfessionelle Antrag gegen die Stimmen der Konservativen, der Freigeistlichen und der Sozialdemokraten abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen. Das Eintreten der Sozialdemokraten für den konfessionellen Antrag wird mit kläglichster Heiterkeit begrüßt.

Der Bergetat wird genehmigt.

Es folgt die dritte Lesung der

Yfarverbodungsgesetze.

Hg. v. Arnim (kon.):

betont gegenüber den getriggen Ausführungen des Hg. Hoffmann, daß der Schlußantrag bei der zweiten Lesung von vier Parteien gestellt worden sei: Konfessionellen, Freikonfessionellen, Zentrum und Nationalliberalen. (Rufe rechts: Hoffmann kann nicht mehr bis drei zählen. Heiterkeit.)

Hg. Hoffmann (Soz.):

Ich kann wohl bis drei zählen, vermag aber zwischen Konfessionellen und Freikonfessionellen absolut keinen Unterschied zu entdecken. (Stimmliches Gelächter im ganzen Hause.)

In der allgemeinen Besprechung bemerkt

Hg. Hoffmann (Soz.):

In der Presse hat man mit meine getriggen Sprachschneider vorgeworfen. Nun, solche Sprachschneider werden häufiger bei mir vorkommen. Wenn Sie aber darüber lachen, so spotten Sie Ihrer selbst und wissen nicht wie. (Stimmliches Heiterkeit.) Ich bin aber ein Kind der von Ihnen geschaffenen Schule, der Sie das Gedächtnis haben, das Sie zu Millionen für die Kirche übrig haben. Schließen Sie nach, was Jesus Sirach 5, 14 heißt! (Große Heiterkeit.) Und merken Sie sich, was ich im Vorhange einmal dem Kollegen Bremer zugeufen: Heißt die Ihre Bildung, so würde ich mich schämen, so dum zu sein! Das gilt auch für Sie. (Große Heiterkeit.)

Nun zur Vorlage! Was sagen die bürgerlichen Wähler! Nachdem das „Berliner Tageblatt“ über den Fall dreimal kräftig, jedochmal verurteilt hat, will ich mich auf die „Nationalzeitung“ berufen: Die schreibt, die Kirche sei schon viel zu sehr Staatskirche, man solle die Geistlichen nicht immer mehr zu schwarzen Polizei herabwürdigen. In der Provinz Brandenburg haben wir Gehälter von 13 000 Mark. Hier wäre zu sparen! Die hohen Doppelverehelichten sind vollkommen überflüssig. Ein Geistlicher schreibt mir, daß in Königsberg die ersten Geistlichen 15 bis 20 000 Mark Einkommen hätten, während sie offiziell ein Gehalt von 6 bis 8 000 Mark haben. Die Kirche treibt mit ihren Friedhöfen Terraininflationen. Das hält die Kirche des Papstenters für richtig!

Präsident v. Kröcker:

Ich vermitte mir, in solcher Weise von unserm Herrn und Heiland zu sprechen. (Weisfall rechts.)

Hg. Hoffmann:

Ein Geistlicher schreibt, die evangelische Kirche könne nur von Waken verlassen werden. Nun, eine deutsche Prinzessin hat sie verlassen, um dem russischen Kaiserthron zu beistehen. Wie viel Geistliche müßten einen anderen Beruf ergreifen, wenn sie nur könnten.

Die Besprechung schließt. Der Gesetzentwurf betr. die Besoldungsverhältnisse der evangelischen Geistlichen wird gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 12 Uhr: Besoldungsgesetz für die katholischen Pfarrer; Einkommensteuergesetz. Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Der neue Großvezir und Oesterreich.

Der auströplische Einfluß Hilmi Paschas beginnt sich bereits lebhaft bemerkbar zu machen. Die türkisch-österreichlichen Verhandlungen können, wie aus folgendem Telegramm hervorgeht, als abgeschlossen gelten:

Konstantinopel, 18. Febr. Aus besserer Quelle verlautet, daß über das türkisch-österreichische Protokoll zwischen bei-

den Regierungen eine völlige Einigung erzielt und auch für die handelspolitischen Fragen eine beide Teile befriedigende Formel gefunden worden sei. Die Annahme des russischen Vorschlags im heutigen Ministerialrat erfolgte. Der 3. Artikel in dem, der heute der Kaiser Regierung neue u. über. Wie die Grenzschlichter melden, hat der 3. Artikel österreichischer Maren im Sandigal gänzlich aufgehört. Großvezir Hilmi Pascha erließ strenge Befehle zum Schutz der Ausschiffung der Walfischen in Beirut, Safia und anderen Orten. Ausschreitungen soll eventuell mit Waffengewalt begegnet werden.

Beopold II. als Floretrotter.

Nach einer Petersburger Meldung des „Eclair“ kündigt man für Mai einen Besuch des Königs von Belgien am 3. Arzenhofe an. Der König werde sich über Berlin nach Peterhof begeben, von wo er über Ostau nach Sibirien reisen werde; ja, es heißt sogar, daß er sich über Wladimiroff nach Japan begeben wolle. Die „Nachricht“ über die Odesa erfolgte, nachdem der König vorher seinen vierzehntägigen Aufenthalt in Romo genommen hat. Die Niederlage des Königs werde erst im August erfolgen.

Die amerikanischen Flottenvorhaben bewilligt.

Der Senat der Union hat in der Sitzung die Forderungen für die Flotte bewilligt. Zur vorerhandlung des Vorlag der Kommission, die für die beiden neuen Schachtschiffe je 21 000 Tonnen Gehalt befürwortet hatte, beschloß, daß die neuen Schiffe einen Gehalt von je 26 000 Tonnen haben sollen.



Halle und Umgebung.

Sab. a. S. 10 Februar.

Trauerfeier für Geheimrat Staud.

In einer stimmungsvollen Trauerfeier wurde gestern nachmittag unser heimgegangener früherer Oberbürgermeister Geheimrat Gustav Staud zur letzten Ruhe bestattet. Man hatte für den feierlichen Akt die Marktkirche gewählt, das altbewährte Gotteshaus gegenüber der Stätte, wo der Verlebte ein Vierteljahrhundert lang vom Segen unserer Stadt gewirkt. Vor dem Altar stand inmitten reicher Blattschmüdes der Sarg aufgeschützt. Orgelton und weicher Chor sang des Lehrsängerschorverein eröffnete die Feier. Der Oberpfarrer von St. Marien, Herr Professor Schmidt, hielt die Gedächtnisrede.

Wenn die Trauerreden erklingen, mag's manchem in Halle nahe gehen. Die Bürgerliche weiß, daß jetzt ihr früherer Oberbürgermeister zu Grabe geleitet wird. Im Mittelpunkt unserer Andacht aber, im Mittelpunkt unserer Teilnahme steht die Familie des Verstorbenen. In planvoller Arbeit hat Gustav Staud sich von früh an auf sein Lebenswerk vorbereitet. Mit sicherem Empfinden hat er das herausgefunden, was seinen Neigungen und seiner Zukunft entsprach. Ein Vierteljahrhundert hat er unserer Stadt angehört, 24 Jahr ist er der Leiter gewesen. Welch eine bedeutsame Zeit! Welch gewaltige Entfaltung für unser Stadt. Aus 87 000 Nummern der städtischen Verwaltung wurden in jenem Zeitraum 316 000; von 70 000 Einwohnern liegt die Stadt auf 170 000. Die Erweiterung des Einzelhandels, des städtischen Verkehrs, der Einrichtungen des Verkehrs, der Industrie, der Wohlthätigkeit und der Gesundheitspflege geben davon ein überzeugendes Bild.

Ein Einzelner allein konnte das natürlich nicht leisten, aber wichtig war's, daß man an leitender Stelle stand. Seine Hingabe, sein Fleiß ist mit sibirischen Leitern in der Geschichte unserer Stadt eingegraben. Er wurde Ehrenbürger um seines Lebenswerkes willen. „Ich hoffe ein guter Helfer zu werden“, mit diesem Wort führte er sich bei uns ein, und er hat es treulich gehalten. Etwas gutes Zugewinn. freundliches Entgegenkommen, opferbereite Hingabe an die Öffentlichkeit, er hat sie bewährt. In Erörterungen hat er nicht gefehlt, aber der schöne Erfolg war ihm, daß die Herzen voll Vertrauen sich ihm zuwandten; insbesondere die Liebe seiner Beamten.

Am Schlußwort wandte sich der Geistliche an die trauernde Familie und hob den nach allen Seiten erstreckten und innigen Zusammenhang aller Familienmitglieder hervor. Der Schmerz des Scheidens tritt in das rechte Licht, wenn wir inne werden, daß unter tiefsten Seinsbeziehungen unzerbrechlich, weil aus Gott stammend, sind. Im höchsten Sinne lernen wir das an Christus, der über alle zeitlichen Güter hinaus doch erst die inneren Werte zur reinen Geltung bringt. Auf diesen Boden praktischer religiöser Lebensführung hat auch der Vereingte getreten.

Die Feier lang in einem zweiten Chorzuge aus.

Unter weithin schallendem Klang der Glocken formierte sich die Trauergemeinde zu einem imposanten Leichzuge. Voran mit ihren Jähren Deputationen der Bergleute der Pflanzerschaft in Uniform sowie der Hallische Schützenbund, dessen Ehrenmitglied der Verstorbene war. Hellenen mit kostbaren Kränzen, die Kapelle unserer Ober, die Trauerweisen erkönen ließ, ein Beamter mit dem Ordensstifen, der vierpännige Leichwagen, hinter ihm der Pfarrer inmitten der Angehörigen des Heimgegangenen, der Regierungspräsident Freiherr v. d. Rade, der Amtsnachfolger Oberbürgermeister Dr. Kise sowie Generalleutnant K. o. h. I., Mitglieder des Magistrats sowie des Stadtverordnetenkollegiums, Vertreter der Behörden, der städtischen Beamten, die Beamten der Polizei, die Feuerweh, dazu zahlreiche Bürger, denen der Abschiedene beruflich oder im privaten Leben nahe gegangen.

Beim Gottesacker empfing den Leichzug der Vortrag des Stadtkapellmeisters: „Christus, der ist mein Leben“, und dann ging es gemessenen Schrittes dem Grabe zu. Die begleitenden Vereine, die Feuerweh und die Bergmappen bildeten Spalier, durch welches der Sarg zur Gruft getragen wurde. Rache verankert er in der Tiefe. Herr Oberpfarrer Professor Schmidt hielt nach dem Gebet einen kurzen Nachruf, der den Bittspruch: „Leben wir, so leben wir mit dem Herrn, sterben wir, so sterben wir mit dem Herrn“, zur Grundlage hatte. „So hat es dem Herrn über Leben und Tod gefallen, unsern verehrten und geliebten Mitbürger nach reichem, verantwortungsvollen Wirken aus unserer Gemeinschaft zu sich zu rufen. Wir begraben hier, was sterblich an ihm ist, in der Gruft, wo bereits seine Eltern ruhen. Wie wird zu Hoffe, Staub wird wieder zu Staub! Aber wir begraben ihn in der Hoffnung auf ewiges Leben! Von der Erde bist du gekommen und zur Erde mußt du wieder. Christus wird dich führen zu ewigem Leben. Denn wer an

ihn glaubt, wird leben, ob er auch stirbt. Die mit Tränen auf Erden leben, ersten Freude im Himmel! So segne dich der Herr, dein Gott...!“ Der Segen verlang in dem wehmütigen Wachsen der: „Wenn ich einmal soll scheiden“, die Kapelle des 38. Regiments stimmte den Chor an „Wie sie so sanft ruht“, und dann war die Trauerzeremonie beendet.

In den bisher abgeleiteten Gottesacker strömte die harrende Menge, um einen Blick auf die letzte Ruhestätte des einstigen Oberbürgermeisters zu werfen.

Halle bleibt in Klasse C.

Wie gestern im politischen Teil berichtet ist, hat Halle nicht das Glück gehabt, das 3. B. unserer Nachbarstadt Magdeburg teilhaftig wurde: in die Klasse B des Wohnungsgeldzuschulgesetzes hineingeklärt zu werden. Es bleibt entgegen unserem Artikel im lokalen Teil, der durch einen Schreibfehler der Information veranlaßt wurde, in Klasse C, un. die hierigen Staats- und Reichsbeamten müßten sich, je nach der Kategorie, mit folgenden Sätzen des Wohnungsgeldzuschulgesetzes begnügen:

1260; 1020; 760; 520; 290.
Die Ziffer 520 gilt für mittlere, die Ziffer 290 für Unterbeamte.

Zweifellos wird Halle gegenüber mancher anderen Stadt durch diese Festsetzung recht kümmerlich behandelt. Das springt in die Augen, wenn man sich die Gesellschaft ansieht, in der sich Halle in Klasse C befindet. Es sind dies folgende Städte:

Städte	mit 73 369 Einwohnern
Bielefeld	64 009
Borbad	51 648
Brandenburg a. H.	55 627
Elbing	103 000
Essfurt	88 907
Frankfurt a. O.	65 039
Geestmünde	23 625
Gellertörden	151 195
Görlitz	84 414
Halberstadt	45 529
Halle	174 487
Harburg	58 611
Hildesheim	47 061
Kottbus	46 922
Leer	12 511
Piegnitz	62 400
Ründen	57 941
Mühlheim a. d. Rh.	98 153
Münster-Stadisch	83 082
Münster i. W.	83 468
Oberhausen	57 038
Osnabrück	59 580
Reichsberg	67 000
Saarbrücken	25 185
Schleswig	19 052
Sollingen	50 209
Thorn	43 648
Wandsbeck	32 504
Wittelsheimshagen	39 540

(Alles nach der Einführung von 1907.)

Das also sind die Städte, die mit Halle die Klasse C bilden: Halle steht ihnen allen an Volkszahl voran, zum Teil sogar sehr beträchtlich.

Dennoch ist wenig Aussicht, daß das Plenum die Beschlüsse der Budgetkommission fortigert und Halle in die gleiche Stufe verlegt wie Magdeburg. Für unsere Hallischen Beamten bedeutet der Beschluß eine arge Enttäuschung, und der Unmut, sich hinter den Rücken, a. B. in Magdeburg guldigsteht zu sehen, ist durchaus begründlich.

Zum Thema der Heiserprüfung.

Zu den Angaben der „Ain. Ztg.“ betreffend eine geplante Umgestaltung der Heiserprüfungen, teilt die „Kreuzzeitung“ mit:

„Wir haben es bei der Bedeutung dieser für die prinzipielle Richtung des Charakters des humanistischen Gymnasiums wichtigste Frage für angezigt gehalten, in dem zuständigen Ministerium selbst Erkundigungen einzuschicken, und haben in Erfahrung gebracht, daß von einer U. d. h. f. u. g. des sogenannten lateinischen Scriptura's dort nichts bekannt ist. Im Gegenteil haben die Kr. Zeiten dieser Art in den letzten Prüfungen im ganzen durchaus zufriedenstellende Ergebnisse gezeigt. Eine Veränderung der bisherigen Prüfungsordnung ist also in dieser Hinsicht nicht zu erwarten.“

Herr Maximilian Harden hielt gestern abend in den „Kaiserfäden“ einen Vortrag über die politische Lage. Es war bei der Bedeutung dieses Mannes selbstverständlich, daß man in dem immerhin großen oberen Saale eine stattliche Zahl von Zuhörern versammelt sah. Des Redners Vortrag beschäftigte sich hauptsächlich mit den politischen Verhältnissen, wie sie sich für Deutschland mit und seit den anstehenden Novemberwahlen abgelehnt und gestaltet haben. Herr Harden ist eine durchdringende Persönlichkeit geworden. Um ihn tot bestiger denn je jetzt der Kampf der Meinungen. Aber wer auch immer vorurteillos sich mit dieser Mannes beschäftigt hat und befähigt, wird zugeben müssen, daß er eine enorme politische Begabung besitzt, über eine mit großem Gedächtnis gepaarte gewaltige Belesenheit verfügt, und sich durch einen blühenden Stil sowohl der Redner als auch der Schrift auszeichnet. Dabei ist sein Mut unbedingten anzuerkennen, mit dem er die Schäden aufdeckt, an denen unser Volk krank und leidet. Dieser Geist wehte auch durch seine politischen Ausführungen, die über zwei Stunden lang das Publikum in Spannung hielten. Der flüchtige Beifall mit dem Herrn Vortragenden geseht haben, daß auch bei uns in Halle es die gleiche, die unbedingte auf seiner Seite stehen. — Näheres im Abendblatt.

Kommune und Presse. Der Magistrat von Schöneberg hat einen Beschluß gefaßt, den die Presse nur mit Dank begrüßen kann. Er hat als literarischen Mitarbeiter den Schriftsteller Dr. Georg Wallowsky genannt, der der Berliner Presse eine Informationsdienst, soweit er kommunale Angelegenheiten Schönebergs betrifft, erteilten soll. Auch Willmersdorf hat bereits ein Preßverbot, das von dem Stadtrat Steinborn verantwortungsvoll geleitet wird.

Das Ende des Bescherwensches. Das letzte Ständlein des amtlichen Bescherwensches, so wird nunmehr befragt, ist bald gekommen. In Galkhausen und Hotels wird zwar noch weiterhin über mürrische Keller und schlechte Speisen lächerliche Klagen führen können; auf den deutschen Eisenbahnstationen wird aber der letzte Protest in das ge-

